

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-298
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Detlevs-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2006-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Notschrei der besetzten Gebiete.

Während man in Berlin kuhhandelt, geht das Rheinland zugrunde!

Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Reichsminister a. D. Fuhs, hat nachstehendes Telegramm an den Reichspräsidenten gerichtet:

Millionen Deutsche können zurzeit angesichts der furchtbaren Geldnot nicht leben und nicht sterben. Lediglich die Hoffnung auf baldige Lösung des Reparationsproblems hält den gänzlichen Zusammenfall der Wirtschaft auf. Mit sehnlichstem Vertrauen erwartet die Bevölkerung des besetzten Gebietes das umgehende Zustandekommen einer Regierung, die auf der Grundlage des Programmes der Parteien der Mitte die bevorstehenden, für Deutschlands Zukunft entscheidenden Verhandlungen führen soll.

Die Bevölkerung des Rheinlandes würde es unverständlich finden, wenn parteipolitische Erwägungen die Lösung der einschneidenden Krise auch nur um einen weiteren Tag verschieben würden. Zustände wie im Jahre 1923 würden die Rheinlande nicht noch einmal siegreich überwinden. Die Erbitterung ist um so größer, weil man auf der anderen Seite merkwürdiges Einlenken sieht, das man nicht durch parteipolitische Halsstarrigkeit von Volksvertretern, die Rheinlands Bedeutung und Not offenbar nicht richtig würdigen, zerschlagen wissen möchte.

Als Leiter der besetzten Rheinprovinz mit sieben Millionen Menschen erhebe ich warnend und beschwörend in letzter Stunde meine Stimme. Wir haben bisher alles Leiden für das Vaterland gern ertragen, aber man soll mit unserer Liebe zum Vaterland keine Experimente machen.

Fuhs, Oberpräsident der Rheinprovinz.

Der große Unbekannte.

Das Telegramm des Oberpräsidenten der Rheinprovinz zeigt schlaglichtartig die Gefahren auf, in die das weite besetzte Gebiet und damit das ganze Deutsche Reich durch das Kuhhandeln der bürgerlichen Parteien um die Regierung gestürzt ist. Das wochenlange Verhandeln hinter den Kulissen muß auch den letzten Versuch des Reiches im Inlande wie im Auslande zerstören. Die Sehnüchte kleiner parlamentarischer Kreise nach mehr oder minder großem Einfluß bei der Regierungsbildung wirkt um so niederdrückender, als das eine große Problem der Gegenwart, die Vereinigung der Reparationsfragen auf der Grundlage des Sachverständigenurteils, geradezu nach Erledigung schreit.

Das schwankende Verhalten der Volkspartei, das nachgerade ja schon sprichwörtlich geworden ist, hat allerdings in neuester Zeit das Entsetzen auch solcher Kreise hervorgerufen, die sonst sehr nüchtern über diese politischen Dinge zu urteilen pflegen. Gegenwärtig schwirren in Berlin Gerüchte umher über das Eingreifen außerparlamentarischer Stellen in die Verhandlungen der Parteien untereinander. Die „B. Z.“ am Mittwoch läßt sich „von besonderer parlamentarischer Seite“ über die Kullenschieberei berichten und formuliert gewisse Mitteilungen in folgende Fragen:

1. Wer war der große außerparlamentarische Unbekannte, bei dem am Sonntag in einer Besprechung Schatz, Hergt der abgerissene Faden von neuem gefnüpft wurde, so daß die am Sonnabendmittag mit Empörung verbreitete Einschließung der Volkspartei „Alles ist zu Ende — unklare Rolle als ehrlicher Wakter ist ausgespielt!“ plötzlich zurückgenommen wurde?

2. Was steht in dem Brief, den die Deutschnationalen an die Volkspartei oder an die Mittelparteien gerichtet haben, und von dem leider nur eine dürftige Inhaltsangabe an die Öffentlichkeit gelangte? Wenn wir recht berichtet sind, war darin die Rede davon, daß die deutschnationalen Forderungen nach einem Wechsel im Außenministerium „nur eine hypothetische“ gewesen sei, daß die Aenderung der Außenpolitik keine Kursänderung, sondern nur eine Aenderung der Methoden — was man sich darunter vorzustellen hat, ist offenbar Geheimnis der beteiligten Unterhändler!

3. Ist in diesem Briefe nicht auch die Behauptung enthalten, die Deutschnationalen hätten den Rücktritt des Außenministers nicht gefordert? Nimmt man etwa auf deutschnationaler Seite an, daß auf Dr. Stresemann aus den eigenen Reihen genügend Druck ausgeübt werden könne, um ihn nicht nur zum Rücktritt — das wäre sachlich durchaus möglich —, sondern auch dazu zu veranlassen, daß er damit die Verantwortung für die Folgen, d. h. für den Einbruch eines Kurswechsels gegenüber dem Ausland, dem er als Exponent des bisherigen Kurses galt, übernehme?

Die Gerüchte, von denen wir sprachen, bezeichnen den „großen außerparlamentarischen Unbekannten“ etwas näher. Es wird davon gesprochen, daß General v. Seeckt, der Chef der Heeresleitung, seine persönliche Meinung zu diesen Dingen geäußert habe. Sie soll ungefähr dahin gehen, daß in nächster Zukunft wieder putschistische Erhebungen zu erwarten seien — ob von rechts oder links bleibt dahingestellt — und daß schon aus diesen Gründen die Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung unumgänglich sei.

Diese Gerüchte, auf die sich augenscheinlich die „B. Z.“ stützt, wollen weiter wissen, daß General v. Seeckt ungefähr auf dem Standpunkt angelangt sei, der im Bapner vor

dem Hitlerputz galt, nämlich, daß man einen Rahr brauche, um Hitler kaltzustellen. Diese Meinung hat sich schon in Bayern als verhängnisvoll erwiesen, und wenn sie auf das Reich übertragen würde, so würde sie zweifellos noch viel größeren Schaden stiften, ganz besonders im Hinblick auf die außenpolitische Lage. Es kann sich im besten Falle natürlich nur um eine persönliche Meinungsäußerung des Generals handeln, dem irgendeine amtliche Befugnis nicht zusteht, in die politischen Verhandlungen einzugreifen.

Aber wenn schon die politischen Parteien etwa auf diese persönliche Meinung des Generals oder einer ähnlichen außerparlamentarischen Stelle reagieren sollten, so muß mit doppeitem Ernst darauf hingewiesen werden, daß jede Beteiligung Deutschnationaler an der Regierung die Gefahren für das besetzte Gebiet und damit für das ganze Reich außerordentlich verschlimmern würde, von denen der Oberpräsident der Rheinprovinz in seinem Telegramm an den Reichspräsidenten so eindrucksvoll gesprochen hat.

Dreiste Forderungen und Verschleppungsmanöver.

Kurz vor Redaktionsschluß wird uns aus dem Reichstag nachstehende Darstellung des Nachrichtenbureaus des VDJ übermittelt:

Dem Reichstag gingen heute vormittag die Verhandlungen zwischen den Fraktionen im Sinne der Bildung eines großen Bürgerblocks weiter. Während die Fraktionen verhandelt blieben, hielten die Parteiführer Besprechungen miteinander und mit dem Reichskanzler ab.

Die deutschnationalen Reichstagsfraktion stellte für ihre Forderungen eine Reihe von Forderungen auf, die den Gegenstand der Erörterung bildeten. Sie verlangten zunächst, daß in die zu erwartende Programmrede des Reichskanzlers nicht eine Formulierung aufgenommen wird, die von einer kontinuierlichen Fortführung der auswärtigen Politik spricht. Die Deutschnationalen fordern weiter die Aufnahme eines Passus über die Kriegsschuldfrage (!) sowie die Aufnahme der Aufwertungs-

frage im Sinne der Hamburger Erklärung herge. Die vierte Bedingung geht dahin, daß bei der Besetzung der Ministerposten auf die Stärke der Fraktionen unbedingt Rücksicht genommen wird. Schließlich fordern die Deutschnationalen, daß die deutschnationalen Fraktionen des Preussischen Landtags vor Abgabe der Erklärung der Reichsregierung sich im Besitze von beabsichtigenden Erklärungen über die Umstellung in Preußen befinden.

Um 1/2 behauptet man im Reichstag allgemein, daß die Verhandlungen mit den Deutschnationalen nunmehr als endgültig gescheitert zu betrachten seien. Bei den Mittelparteien herrscht über die deutschnationalen Forderungen und ihre Veröffentlichung große Erregung. Man erwartet, daß nunmehr der Reichskanzler Marx mit der Bildung eines Kabinetts der Mitte keinen Augenblick mehr zögern werde. (Das schließt natürlich nicht aus, daß in einer halben Stunde schon wieder neue Verhandlungen beginnen. D. Red. d. „Vorwärts“.)

Eine Viertelstunde später: Die Deutschnationalen erklären den Bericht des Nachrichtenbureaus für nicht authentisch. Sie lassen ihn förmlich dementieren!

Macdonald gegen Tirpitz.

London, 3. Juni. (W.D.) In Beantwortung einer Frage Wedgewood Benns im Unterhaus, ob die Regierung irgendwelche Vorstellungen bei der deutschen Regierung darüber erhoben habe, daß die Ernennung des Admirals v. Tirpitz zu einem hohen Regierungsamt von den Alliierten abgelehnt werden würde, erklärte Macdonald: Ich kann hierzu keine Versichern, daß wir nicht verabsäumt haben, das zu tun, was wir sowohl in dieser als auch in anderer Hinsicht für unsere Pflicht halten.

Zu dieser Weisung erfahren wir, daß am vergangenen Freitag die Botschafter Englands und der Vereinigten Staaten von Nordamerika im Auswärtigen Amt erschienen sind und Besprechungen mit Vertretern des Auswärtigen Amtes gehabt haben. Derartige Besprechungen sind jedoch nach diplomatischem Gebrauch immer streng vertraulich.

Wirtschaftsnot und Reichsregierung.

Eine große Anfrage der Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat speden die folgende Interpellation über die durch die Wirtschaftskrise heraufbeschworenen Gefahren für die notleidende Bevölkerung eingebracht:

Aufs neue droht sich die Krise zu verschärfen und eine schwere Arbeitslosigkeit heraufzuführen. Wenn auch die Kreditkrise nur beseitigt werden kann durch die schleunige Annahme des Gutachtens der Sachverständigen, so muß die Aufmerksamkeit der Regierung doch darauf hingelenkt werden, daß die Kreditknappheit für die Industrie vergrößert worden ist durch die ausgebreitete Kreditengpässe im Betrage von 800 Millionen Goldmark an die Landwirtschaft, die zum überwiegenden Teil dem Großgrundbesitz zugute gekommen sind. Die Kreditnot der Industrie ist weiter verschärft worden durch die Kreditbedingungen der Banken, die in rücksichtsloser und wirtschaftlich ungerechtfertigter Weise die Spannung zwischen dem Diskontsatz der Reichsbank und den Sätzen auf dem Geldmarkt ausnützen.

Die Gefahren für die Wirtschaft werden gesteigert durch die Politik der deutschen Wirtschaftsführung. Der verderbliche Einfluß der Inflationszeit ist noch nicht überwunden. Dies hat die Ausdehnung der gewissenlosen Spekulation in erschreckendem Maße bewiesen. Durch sie ist die deutsche Volkswirtschaft um mehrere hundert Millionen Goldmark geschädigt worden. Die Rückkehr zu genauen Kalkulationsmethoden ist noch nicht erfolgt, das Streben nach Rationalisierung der Betriebe ist kaum noch vorhanden. Deshalb verschärfen sich aufs neue die Abstriche.

Die Ausfuhr deutscher Waren ist durch eine unumschränkte Monopol- und Kartellwirtschaft gelähmt. Sie schützt die rückständigen Betriebe und verhindert die zur Steigerung der Exportfähigkeit nötige kaufmännisch-technisch-rationalisierte Betriebsweise und Konkurrenzfähigkeit. Im Inland werden die Abnahmefähigkeiten durch unerhöhten Lohndruck und das dadurch bedingte Schwanden der Kaufkraft weiter Bevölkerungsschichten aufs schwerste beeinträchtigt.

Demer aufs neue unternimmt die Industrie, insbesondere die Schwerindustrie, ihre sozialreaktionären Vorstöße. Führende Schwerindustrielle des besetzten Gebietes schrecken nicht davor zurück, die Hilfe des Generals Degoutte zur Befreiung des Achtstundentages nachzusuchen. Durch Stilllegung der Betriebe, durch Ausperrung, also durch Sabotage der Produktion, suchen sie ihre unbeschränkte Vorherrschaft wiederherzustellen und die Last der Reparationsregelung auf die breiten Massen abzuwälzen. In schärfstem Klassenkampf baut das Unternehmertum Löhne und Gehälter immer mehr ab und verlängert die Arbeitszeit.

Die Beteiligung deutscher Arbeitgeberverbände, die Spitzenorganisation des vereinigten Unternehmertums, hält ihre Unterverbände zu einem

systematischen Vorgehen für die Beseitigung der Tarifverträge und des staatlichen Schlichtungsorgans an. Sie reist zur Boykottierung der Schlichtungsausschüsse an und läßt lieber die Betriebe schließen als sich ihnen nicht genehmen Tarifverträgen zu fügen.

So tragen diese Kreise die härteste Schuld am Produktionsrückgang und an der Schädigung der deutschen Wirtschaft. Die Not des Reiches und die Not des deutschen Volkes werden ausgenutzt zur Befreiung des Schutzes der Arbeiterschaft, zum Abbau der Sozialpolitik, zur Unterdrückung der Stellung der Gewerkschaften. Eine gesunde deutsche Volkswirtschaft aber ist unvereinbar mit der Auslieferung der schaffenden Volkskräfte an private Ausbeutung. Die Voraussetzung für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft ist heute mehr denn je der

Schutz der Arbeit, des wertvollsten Gutes der Nation. Angesichts dieser volkschädigenden Tätigkeit der sozialen Reaktion fragen wir die Regierung: Ist sie bereit:

Erstens: In Uebereinstimmung mit den Erklärungen der englischen Regierung das Washingtoner Abkommen über den achtstündigen Arbeitstag sofort zu ratifizieren?

Zweitens: Die vom Reichstag wiederholt gefaßten Beschlüsse auf Beschaffung von Arbeitsgelegenheit auszuführen, und die zu derselben Frage vorliegenden umfassenden Vorschläge der Gewerkschaften zu beachten?

Drittens: Gegen die von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände organisierten Widerstand und gegen die offene Gesetzeslabotage zum Zweck der Befreiung der Tarifverträge und der staatlichen Schlichtungsorgane entschiedene Abwehrmaßnahmen zu treffen?

Viertens: Die Schlichtungsausschüsse anzuweisen, die Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden nur bei zwingendem Nachweis volkswirtschaftlicher Notwendigkeit und nur von Fall zu Fall für verbindlich zu erklären? Ist sie bereit, die dem entgegenstehenden Ausführungsbestimmungen zur Arbeitszeitverordnung sofort zurückzuziehen, um so mehr, da diese mit dem Geiste und dem Wortlaut der Verordnung zum Teil unvereinbar sind?

Fünftens: Von den Befugnissen der Verordnung über das Kartellgericht Gebrauch zu machen und das Kartellwirtschaftsministerium anzuweisen, beim Kartellgericht die Frage der Auflösung preisvertreuerder Kartelle einzubringen?

Immunität und Haftentlassung.

Die Debatte im Geschäftsordnungsausschuss.

Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstages beschäftigte sich heute vormittag mit dem Antrage auf Haftentlassung der kommunistischen Abgeordneten Schlecht, Lindau und Pfeiffer. Die Anklage des Oberreichsanwalts behauptet, daß die kommunistische Partei durch eine über das ganze Land verbreitete Organisation den bewaffneten Aufstand vorbereitet, profitorische Hundertschaften organisiert, Waffen beschaffe, Waffenfabrikmäßig herstelle, Sprengstoff stehlen lasse, die Reichswehr und die Schupo zerlege, Eisenbahnfabrik zu lehren und eine Mordorganisation zur Befähigung gefährlicher Gegner (Tscheka) aufgeboten habe. Die Anweisungen für diese Verbrechen gingen auf die Zentrale zurück. Die genannten Abgeordneten seien Mitglieder der Zentrale und als solche für diese hochverräterischen Komplotte verantwortlich. Abg. Roenen (Komm.) behauptete, dieses ganze Material gehe auf die Anweisung des früheren Justizministers Emminger zurück, einen großen Tendentenprozess gegen die kommunistische Partei einzuleiten. Es liege keinerlei Material für die Betätigung der beschuldigten Abgeordneten im Sinne der Anklage vor. Die kommunistische Partei sei gegen jeden individuellen Terror. Die Anklagebehauptungen entsprängen einem Spiegelsumpf, mit dem die Angeklagten, die jahrzehntelang organisiert seien, nichts zu tun hätten. Abg. Dittmann (Soz.): Der Ausschuss hat zu fragen, ob die beschuldigten Abgeordneten persönlich an den erwähnten Vorbereitungen beteiligt seien. Wenn dies nicht der Fall sei, dürfe entsprechend der Übung des Reichstages die Immunität nicht aufgehoben werden. Die Mord- und Femeorganisationen seien von den Rechtsorganisationen eingeführt worden. Man vermittele aber, daß gegen die Leitung dieser Rechtsorganisationen in dem gleichen Maße wie gegen die Kommunisten vorgegangen werde. Abg. Lewy (Soz.) ist der Meinung, daß die Immunität der Abgeordneten nicht erst von Sitzungsbeginn, sondern vom Tage der Einberufung des Reichstages durch den Präsidenten zu gelten habe. Der Indizienbeweis gegen die beschuldigten drei Abgeordneten sei nicht so, daß die Immunität aufgehoben werden könne.

Berträter des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und der Demokraten sprachen für Aufhebung der Immunität.

Die Kommunisten bestritten, daß Schlecht Mitglied ihrer Zentrale sei.

Die Haftentlassung und die Einstellung des Strafverfahrens in Sachen Lindau und Pfeiffer wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Im Falle Schlecht stimmten die Kommunisten merkwürdigerweise dafür, diese Angelegenheit zu verlagern, bis der Reichsjustizminister weitere Erfundigungen eingebracht hat.

Das Plaidoyer des Generalstaatsanwalts.

Thormann, Grandel schuldig, Claf verdächtig.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung wurde Oberregierungsrat Mühleisen, nachdem die Erlaubnis des Reichskommissars eingegangen, über die Bezüge des Zeugen befragt. Der Zeuge erklärte, daß Gilbert für seine Mühe in der Angelegenheit zirka 250 M. im Januar bezogen habe. Der Zeuge schildert dann noch Gilberts Nachrichtenbureau, welches vier bis sechs Wochen lang von Industriellen finanziert worden sei. Für den Reichskommissar habe Gilbert in Waffensachen Nachforschungen angestellt. Der Zeuge kam dann noch einmal auf das Angebot der 50 Dollar durch Lettenborn zurück und erklärte, daß er für den Empfang des Geldes nicht die richtige Stelle gewesen sei. Schließlich wandte sich der Zeuge noch gegen Regierungsdirektor Weiß, aus dessen gestrigen Ausführungen er einen Vorwurf gegen seine Handlungsweise herauslas.

Es wurde dann die Frage der Verurteilung der Zeugen Claf, Mühleisen, Lettenborn, Köpfe und Gilbert erörtert, wobei die Ausführungen hierüber zum Teil die Plaidoyers umfaßten. Generalstaatsanwalt Lindau: Wer die Presse verfolgte, sah, wie der Prozeß ausgemerzt werden sollte. Wir stellen uns anders dazu. Ich will der Politik soweit als möglich fern bleiben. Nach meiner Ansicht hat der Prozeß weniger politischen, als kulturhistorischen Wert, und da kann man ein Grauen bekommen.

Es ist wie nach dem 30jährigen Krieg, als alte Soldaten marodierend

durchs Land zogen, Mordtaten werden nicht immer verabschiedet, wie wir jetzt an dem Mordversuch in einem uns nahegelegenen Lande sehen. Im Reichstag hat die Verabredung begonnen. Der gewöhnliche Staatsbürger kommt nicht sofort in das Parlament. Herrn Thormann gelangt das und er findet sofort einen, der mit ihm über den Mordplan verhandelt. Angeklagt sind nur zwei Personen, aber mit Rücksichtslosigkeit müssen wir allen Spuren nachgehen, ohne Schwäche, die eine Gefährdung der Justiz bedeuten würde.

Wir müssen die Qualität der Zeugen genau wägen. Als die beiden Angeklagten festgenommen waren, sah die Sache sehr einfach, aber die Komplizen kamen nach. Zunächst war alles einzig: Thormann, Grandel, Lettenborn, Köpfe. In Kleinigkeiten weichen sie voneinander ab. Lettenborn geht zum Schein auf Thormanns Angebot ein und zieht den vermeintlichen Mörder Köpfe hinein, während Thormann Grandel als Geldmann hinzuzieht. Sie kommen mal zu zweit, mal zu dritt zusammen und beraten den Mordplan gemeinsam.

Die Angeklagten sind der Ansicht, daß der Mordplan ausgeführt werden soll, während die Zeugen nicht töten wollten. Was die Zeugen hier von Thormanns Mordwille sagen, ist zu glauben, auch wenn Direktor Weiß auf einem anderen Standpunkt steht, da er die ganze Verhandlung nicht mitmachte.

Lettenborns Zweifel, daß Thormann von General Ludendorff geschickt sei, war um so eher berechtigt, als ja Ludendorff zu allererst einem Mitglied der D. C. einen solchen Auftrag gegeben hätte. Es war auch verständlich, daß Lettenborn glaube, Thormann wolle zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Den unbeliebten General beiseitigen und die Deutschnationale Freiheitspartei, die in bezug auf Mordpläne früher einen bösen Ruf besaß, die aber seit dem Januar Anstrengungen machte, mit einigermassen reinen Händen in die Wahlen zu gehen, unmöglich zu machen. Thormanns Erzählungen gleichen einem schlechten Film, was Lettenborn anbetrifft. Reg. Dir. Weiß hat moralisch an Lettenborn nichts auszuweisen, außer dem Mordverdacht in der Pachtimer Affäre. Thormann habe über geheime Mittel verfügen müssen, denn sein Privatkapital hatte er aufgeschotet.

Grandel ist ein unglücklicher kranker Mann, der aber auch sehr die gute Meinung für sich zu gewinnen weiß und mit dahinstrebender Stimme seine Aussagen macht. Es ist recht unglücklich, daß ein ernstlicher Geschäftsmann sich einen Vertreter sucht, der sich mit Plänen trägt, wie das Thormann getan und es ist unglücklich, daß aus reiner Neugier der Geschäftsmann nun seine Finger in diese gefährlichen Dinge steckt. Nach meiner Ansicht entstand tatsächlich eine Verabredung Thormann und Grandels—Lettenborn und Köpfe. Die erste Gruppe wollte mit Ernst den Mord, die zweite Gruppe nicht. Auch Gilbert hat im Sinn der zweiten Gruppe mitgewirkt, während das Staatskommissariat nicht beteiligt war. Jedenfalls bin ich der Meinung, daß Oberregierungsrat Mühleisen und Trepte zu beidnen sind.

Eine Frage, die über die sonstige Bedeutung des Prozesses hinausgeht, ist die, ob Justizrat Claf verurteilt werden kann, oder ob bei ihm nicht der Verdacht der Mittäterschaft besteht. Die Frage ist sehr ernst, weil hier die politische Existenz eines Mannes vernichtet werden kann, der oft das Beste gewollt, nicht immer es erreicht hat. Sie haben gehört, wie die Zeugen Weiß und Mühleisen so verschiedenes über ihn geurteilt haben. Herr Claf ist durch Grandel zuerst in die Debatte gezogen worden. Grandel ist uns über seine Besprechungen mit Claf die näheren Erklärungen schuldig geblieben. Es ist möglich, daß Grandel sich gesagt hat, er wolle im Sinne einer möglichst unbilligen Umwälzung sich mit Thormann verbinden. Möglich, aber nicht erwiesen. Auch der Widerruf Grandels läßt zu wünschen übrig.

Vielleicht wäre es besser gewesen, nach dem Widerruf Grandels ihn noch einmal, nicht in Gegenwart des Justizrats Claf, zu vernahmen.

Bezüglich des Geisteszustandes Grandels sind die Sachverständigen nicht einig. Was sein Geständnis und seinen Widerruf angeht, so gilt das Sprichwort: Wer einmal lügt, Grandel war im Kreis Claf nicht der Geringsste. Grandel war mit Rahr einigermassen liiert und schließlich, wie Claf zugibt, im Herbst 1923 zu extremistischen Ansichten zu verleiten. Das deutete wohl auf den Marsch nach Berlin hin. Kurz vor dem Attentat waren Grandel und Claf noch zusammen. Nach der Festnahme Grandels wendet sich der Verteidiger des Angeklagten an Herrn Claf. Ein wunderbares Zusammenreffen. Es folgt eine Hausungsbuch bei Claf, die eine interessante Korrespondenz zulage förderte. Aus ihr geht die Unterredung Claf—Seedt deutlich hervor und die Art, wie die Unterredung auf Claf wirkte. Claf hielt es für unvorsichtig, daß der Inhaber der militärischen Gewalt legal sich in den Besitz der Wacht setzte.

General v. Seekt hat in ausgezeichnete, ruhiger Weise seine Ansicht mitgeteilt. Herr Claf erlitt eine schwere Niederlage, als man die Verleitung zum Treubruch versuchte. Und aus allen Briefen an Claf geht doch hervor, daß man die friedliche Lösung nicht will, daß man General v. Seekt seine Legalität zum Vorwurf machte. Auch am 7. Januar ist betont worden, daß man den „legalen“ Seekt, den „Schuldhalter Eberts“ beseitigen müsse. General von Seekt konnte nur durch Gewalt beseitigt werden, und das indes sich in den Briefen an Claf die suchbare Stelle, daß Seekt sich selbst in Anlehnung an Claf habe, eine Ansicht, die in anderen Mordprojekten festgelegt ist. Ganz gerechtfertigt von allem Verdacht ist Herr Claf nicht und so bitte ich, ihn nicht zu verzeihen.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Eröffnung des bayerischen Landtags.

München, 3. Juni. (M.) Für die heutige Eröffnungssitzung des bayerischen Landtages erwartet man Auseinandersetzungen in der Frage der Haftentlassung von Abgeordneten. Ferner ist es nicht gelungen, in der Frage der Vizepräsidentenwahl eine Einigung zu erzielen, so daß auch hier mit Differenzen zu rechnen ist. Die Sozialdemokraten verlangen für sich den ersten Vizepräsidentenposten, während die Völkischen den gleichen Posten für sich beanspruchen. Auch in der Frage der Plätzeverteilung im Landtag ist noch immer keine endgültige Lösung möglich gewesen, so daß vielleicht auch diese Frage in öffentlicher Landtagsitzung zu Auseinandersetzungen führen wird.

München, 3. Juni. (M.B.) Die Besprechungen zwischen den Führern der alten Koalitionsparteien (Bayerische Volkspartei, Mittelpartei, Bayernbund) sind bis Mittag ohne abschließendes Ergebnis geblieben. Sie wurden nachmittags fortgesetzt.

In der konstituierenden ersten Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion wurde der Abg. Timm zum ersten, der Abg. Dill zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Abg. Kurr teilte seinen endgültigen Verzicht auf das Reichstagsmandat zugunsten seines Mandates zum Bayerischen Landtag mit. Im Völkischen Block übernahm Abg. Pöhner den Vorsitz.

Zivilgouverneur für Sachsen und Thüringen?

Wetmar, 2. Juni. (M.B.) In der heutigen Abend Sitzung des Thüringer Landtages antwortete Innenminister Dr. Sattler auf eine Anfrage des Abg. Brill, Sozialdemokrat: Die Regierung ist seit Mitte März darüber unterrichtet, daß die Staatsregierung eines anderen deutschen Landes an die Reichsregierung mit dem Ersuchen herantreten ist, eine Klärung darüber herbeizuführen, ob sie beabsichtigt, einen Zivilgouverneur für Sachsen und Thüringen zu bestellen. Die Staatsregierung wolle diese Klärung abwarten, ehe sie selbst Schritte tue.

Von der Börse.

Zimmer neue Aufstellungen.

Die Börse eröffnete heute vorwiegend lustlos. Im weiteren Verlauf vermehrten sich die Gerüchte von Infektionen. So wurde die Wiener Lombard und Escompte Bank genannt und auch von einer neuen Hamburger Firma gesprochen. Dazu kommen Befürchtungen, daß vor allem im Metallhandel die Ullmorsregulierung zwar vorläufig überwunden, eigentlich aber nur vertagt worden ist und daß trotz des verhältnismäßig günstigen Clearings sich die Folgen noch lange Zeit bemerkbar machen werden. Die eigentliche Verstimmung wird durch die Verzinsung im Geldmarkt noch verstärkt. Die Nachfrage nach möglichem Geld war heute bedeutend. Es muß 1/2 bis 3/4 pro Mille gegeben werden, Rdnarsgelder sind unverändert, aber kaum zu haben.

Die deutschnationalen Führer. Die Havas-Agentur ist nach Befragen bei den Abgeordneten Painlevé und Herriot in der Lage zu erklären, daß die in der deutschen Presse erschienene Nachricht, die Deutschnationale Volkspartei habe einen Abgesandten nach Paris geschickt, um mit den Führern der neuen Reichsbildung zu verhandeln, nicht den Tatsachen entspreche. (Daß die deutschnationalen Abgeordneten mit Herriot und Painlevé selbst zu verhandeln versucht haben, ist nirgends behauptet worden. Red. d. „W.“)

Straßenleben.

Von Arne Jensen.

Ein kleines Mädchen mit gelbem, lockigem Haar und einem Kränzchen aus Wollblumen kommt, einen Topf Milch in seinen dicken Händen haltend, die Straße heruntergetrottet. Vor ihr spaziert ein Mann mit einem großen, zottigen Hunde.

Nun geschieht es, daß das Kind unversehens in die Interessensphäre des Hundeschwanzes gerät und ihm der Topf mit Milch aus der Hand gerät.

Es löst einen durchdringenden Angst- und Schmerzschrei aus, der augenblicklich allen Handel und Wandel in weitem Umkreise lähmt. Die Menschen erscheinen in den Türen der Geschäfte und strömen aus den Restaurants heraus, einige Erdarbeiter steigen aus der Tiefe zwischen den Schienen der Gleitstrassen hervor, alte Frauen, den Korb am Arm, eilen über die Straße.

Das kleine Mädchen, der Mann und sein großer Hund, der mit nachlässigem Behagen anfängt, die Milch aufzulecken, befinden sich plötzlich in einem dichten Ring von empörten Menschen.

„Weshalb hat er denn keinen Maulkorb um?“ fragt ein Erdarbeiter drohend.

Der Besitzer des Hundes: „Er beißt nicht.“

Der Erdarbeiter (zu dem Kind: „Hat er dich denn nicht gebissen, Karva? Zeig mal deine Hand.“)

Das Kind: „Ah—h! Bu—h!“

Ein anderer Erdarbeiter: „Er hat den Topf kaputt geschmissen!“

Der Besitzer des Hundes: „Das ist schon möglich, aber er kann nun mal nicht mit dem Schwanz sehen.“

Ein Schlichter: „Dann hat er ja vielleicht auch mit'm Schwanz gebissen! Auf die Art kann' er sich nicht rausreden! Stecken Sie lieber der Kleinen zwei Kronen in die Bfote, wenn die Polizei sich erst reinmisch, wird's erheblich schwieriger.“

Der Besitzer des Hundes: „Was hat die Polizei mit der Sache zu tun?“

Der Schlichter (hitzig): „Ihr Hund hat nicht das Recht, die Beute zu schänden zu bösen, das müßte doch solch ausgewachsener Mensch, wie Sie sind, wissen!“

Eine alte Frau: „Und wenn er nun die Tollwut hat (zu einer anderen alten Frau): Sie wissen doch auch, Frau Andersen, daß Hunde mit Tollwut gar nicht auf die Straße dürfen; die müssen raus nach der Tierarztschule.“

Frau Andersen: „Ja, ganz gewiß, Rag, das arme Vieh, müßte richtig auch raus, obgleich er niemals auf die Straße kam. Ihn konnte keiner nachhaken, daß er Kinder überfallen hätte. Er lag in meinem eigenen Beu und war so hübsch propper, das können Sie

bezeugen, Frau Bertelsen. Nur ganz zum Schluß fiel es ihm zu schwer, den Unrat bei sich zu behalten! Aber wie geht es uns denn, Frau Bertelsen, frage ich nur, wie geht es uns?“

Frau Bertelsen: „Ach ja, das Alter!“

Frau Andersen: „Ja, und Rag war dreizehn Jahr, das ist viel für einen so kleinen Hund; und die Tollwut tut noch das ihrige dazu.“

Frau Bertelsen: „Ob es wahr ist, daß sie die da draußen auf der Tierarztschule mit Donnermit sprengen?“

Frau Andersen: „Wen?“

Frau Bertelsen: „Die Hunde — die franken Hunde! Es darf sie ja keiner anfassen wegen der Ansteckung. Wenn man nur einen kleinen Riß am Finger hat und läßt sie an, dann kommen sofort Waden in die Wunde, und die sind unheilbar. Darum müssen sie mit Donnermitter totgeschlagen werden, habe ich gehört.“

Frau Andersen: „Ich habe gehört, sie würden gehängt. Und ich sagte auch, als sie kamen und Rag hielten: Gott sei Dank, sagte ich, daß Rag nicht weh, was ihm bevorsteht.“

Frau Bertelsen: „Sie waren nicht selbst mit draußen?“

Frau Andersen: „Ich hatte wahrhaftig schon das Tuch umgenommen, aber dann dachte ich: nein, warum soll ich mir denn aus freien Stücken so was Grausliches ansehen! Ich hatte ihn von ganz klein an gehabt und es ging schon beinahe zu Ende mit ihm, als sie ihn abholten. Sie mußten ihn die Treppe heruntertragen — in meinem Brotkorb, ach ja!“

Frau Bertelsen: „Und erhängten sie ihn dann?“

Frau Andersen: „Das kann ich nicht genau sagen; ich mußte 35 Dore für Töten bezahlen.“

Frau Bertelsen: „Ra, es wird wohl wahr sein, daß sie sie mit Donnermit totmachen, das habe ich immer gehört.“

Ein Gasmesserkontrollleur: „Dann hat man Ihnen einen mächtigen Bären aufgebunden, mit Erlaubnis.“

Frau Bertelsen (richtet sich auf und vernichtet ihn mit einem Blick): „So, dann ist es vielleicht auch eine Lüge, daß ich einen Frettlinär-Studenten als modellierten Herrn habe?“

Der Gasmesserkontrollleur, der sich plötzlich Aug' in Auge mit der Autorität fühlt, verstummt erschrocken und schleicht beschämt fort.

Der Mann und der Hund sind schon längst ihres Weges gegangen und die Menge hat einen Kreis um die beiden Frauen gebildet. Ganz verlassen steht das kleine Mädchen da und begiebt die Scherben des Milchtopfes mit ihren Tränen.

(Berechtigter Uebersetzung aus dem Dänischen von Frida Erdmute Bogel.)

Eine Höhlenbahn. Dieser Tage ist eine einzige in der Welt dahinfahende Bahn eröffnet worden: eine Bahn durch die Abelsberger Grotte in einer Länge von 7 1/2 Kilometer. Das Terrain wie die Rekonstruktion der außerordentlich schwierigen. Die Strecke wird von einer Dampfmaschinenlokomotive befahren, die 10 Waggons mit je 6 Sitzen zieht.

Eine Reiherkolonie in der Mark.

Im weiten Waldgebiet der Dubrom befindet sich eine naturgeschichtliche Sehenswürdigkeit, wie sie nur an wenigen Stellen Deutschlands zu treffen ist und von der die zahlreichen Ausflügler kaum etwas ahnen. Biegt man von dem Wege Großbesten—Pierosbrück rechts in den Wald ein, so gelangt man durch starke Kiefernbestände in einem alten Eichenwald, der sich bis zum höchsten See herabzieht. Dort horstet noch auf den Eichenzweigen der stolze Fischweiser. Diese Kolonie der seltenen Vögel schildert Georg Ede in der Leipziger „Illustrierten Zeitung“: „In den Wipfeln der moorigen Bäume erbliden wir den Reiherkönig: zwischen zwei und sechs Nestern auf jedem Baum, bestehend aus großen Reisighäuten, die zum Nestbau aufeinandergeschichtet sind. Kunstlos liegen die dünnen Reiser übereinander, nur im Innern mit etwas Riedgras, Schilf und Federn ausgepuffert. Ueber und über leben wir die Eichen wie von einem Raler weiß angefakt, die Produkte der guten Verdauungstätigkeit der Vögel. Die blaugrünen Eierchen, die wir zwischen den Bäumen am Boden finden, zeigen, daß das Brutgeschäft schon vorüber ist. Der Reihker, der nur als Sommergast bei uns weilt, trifft etwa im März schon aus wärmeren Gegenden ein. In seinem freischwebenden „Krähel“ hoch in den Wäldern können wir ihn erkennen. Im April beginnt er dann mit dem Ausbau der alten Nester. Die vier bis sechs durchschnittlich 60 Millimeter langen und 42 Millimeter breiten Eier sehen grün aus, und nach einer Bebrütung von drei Wochen schlüpfen die Jungen aus, die nach etwa 3. bis 4wöchigem Horstleben die ersten Flugversuche mit den Eltern unternehmen und schon nach kurzem im Fliegen ausgebildet sind. Vom Blau des Himmels heben sich die dunklen Eichen wunderbar ab, Ankeus dem Türmer gleich stehen die Weidchen auf dem Nester, ihre Jungen hügend und Auszug haltend nach dem Kameraden, der zum Fischfang ausgezogen, um Nahrung für die Jungen zu bringen. Mit der Leblosigkeit des Streifenbildes stehen sie da oben, mit dem listigen, weithinsehenden Auge alles mustern, was nah und fern sich regt, ohne im geringsten sich selbst zu verraten. Sie müssen auf der Hut sein, denn Raubvögel umkreisen die Horste, um die Abwesenheit der Reihker zu benutzen, das Nest zu zerstören. Besonders schön und scharf kontrolliert das blaue Schwanzfederhaupt des Fischweisers am Hinterkopf mit dem weißen schlangengleichen Haufe, der weißen Brust und dem aschgrauen Rücken. Sehr interessant ist der eigenartige Flug des Reihkers, sein unbeholfenes Schlagen mit den Flügeln beim Ausfliegen, sein majestätisches Schwimmen in hoher Luft und der elegante Gleitflug beim Niedergehen. Leider ist ein Teil der alten Eichen im Brutrevier gefällt worden, und das Gebiet ist nicht geschützt. Wie an anderer Stelle, so müßte auch dieser märkische Reihkerstand zum Naturschutzdenkmal erklärt werden. Der Schaden, den der Vogel am Fischbestand anrichtet, ist bei seiner großen Seltenheit in Deutschland gegenstandslos gegenüber der einzigartigen Sehenswürdigkeit, die er heute bei uns darstellt.“

Tamara Karapina, die berühmte russische Ballet-Tänzerin, gibt mit ihrem Partner Bladimiroff am 5. und 6. zwei Tangabende im Berliner Theater.

Beschlüsse des französischen Parteitag.

Ablehnung der Koalition. — Unterstützung der Regierung Herriot. — Antwort an die Kommunisten.

Paris, 3. Juni. (Eca.) Der sozialistische Parteitag hat in seiner Nachmittagsitzung, die bis gegen 12 Uhr nachts andauerte, in zwei Resolutionen einerseits beschlossen, vorläufig der Regierungsbildung fern zu bleiben, andererseits jedoch die radikale Partei bei der Übernahme der Regierung zu unterstützen. Die Resolution über die Regierungsbildung, die mit allen gegen drei Stimmen angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

Der Kongress beschließt, sich unter den gegenwärtigen Umständen nicht an der Regierungsbildung zu beteiligen. Die Statuten der Partei bieten genügend Möglichkeit, die Frage von neuem zu prüfen, wenn sich außerordentliche Umstände ereignen sollten. Im Falle der Dringlichkeit ist die ständige Verwaltungskommission ermächtigt, entweder auf ihre eigene Initiative hin oder auf den Beschluß der parlamentarischen Gruppe einen Nationalrat einzuberufen, dem die Vollmachten des Kongresses erteilt werden.

Die Resolution über die Unterstützung einer evtl. Regierung hat folgenden Wortlaut:

Der Parteitag dankt der radikalen Partei für die Mittelung, die ihm in ihrem Namen zugewandt ist. Er steht nach Kenntnisnahme dieses Schreibens auf dem Standpunkt, daß er sich in dem im Beschluß von Marseille vorgeschriebenen und geregelten Fall befindet, seine Unterstützung jeder Politik erster Reformen und aufrichtiger Demokratie zukommen zu lassen. Infolgedessen ist auch jede Regierung, die sich zu einer solchen Politik entschlossen hat, seiner Unterstützung würdig. Die Partei gibt der parlamentarischen Gruppe in diesem Sinne ein ausdrückliches Mandat. Sie beauftragt die Gruppe unbefristet als je, die unter den gegenwärtigen schwierigen politischen Verhältnissen besonders notwendige Einheit der Abstimmung durchzuführen. Sie beauftragt die Gruppe, auch die Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, die der republikanischen Mehrheit in dem von ihr eingeleiteten Kampf den Erfolg im Parlament sichern werden. Um der Reaktion eine besonders gefährliche Waffe zu entwinden, hält sie es für wünschig, die parlamentarische Gruppe von der ihr durch das Parteireglement auferlegten Verpflichtungen zu entbinden, unter allen Umständen gegen die Gesamtheit des Budgets zu stimmen.

Außerdem hat der Abgeordnete Blum mit Zustimmung der Partei bereits heute nacht einen Brief an Herriot gerichtet, in dem er auf das letzte Schreiben des radikalen Führers antwortet. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„Lieber Bürger! Der Kongress der sozialistischen Partei hat mich beauftragt, Ihnen den Text der beiden von ihm angenommenen Tagesordnungen antwortlich der beiden Briefe, die Sie ihm im Namen der radikalen und radikalsozialistischen Partei zukommen lassen, zu übermitteln. Er versichert Ihnen, daß er für die offene und verantwortungsvolle Demarche, die eine neue Methode der politischen Beziehungen der Parteien einleitet, durch aus Verständnis hat. Die sozialistische Partei versteht den ganzen Ernst der Frage, die ihr von der radikalen und radikalsozialistischen Partei gestellt war, und die sie selbst auf die Tagesordnung ihres Kongresses gesetzt hat. Sie weiß oder vermutet nicht, daß die Wahrheit im Lande verborgen ist, sie weiß, welche heilenden und ausgleichenden Wirkungen das Land von der politischen Verrücktheit erhofft, die die Abstimmung vom 11. Mai hervorgerufen hat. Sie weiß, daß eine öffentliche Bewegung, die besonders zu verstehen ist nach dem Kampf, der gemeinsam in einem großen Teil der Departements unternommen wurde, nach einer gemeinsamen Regierungsaktion der radikalen Partei und der sozialistischen Partei zu erwarten ist. Die sozialistische Partei legt sich auch besonders klar Rechenschaft darüber ab von der Enttäuschung, die sich der Waffe der Nation bemächtigen würde, wenn die glühende Hoffnung, die den Sieg vom 11. Mai hervorgerufen hat, nicht verwirklicht würde und sie erkennt den Ernst der Lage, die diese Enttäuschung mit sich führen könnte. Sie hält es jedoch nicht für möglich, unter den augenblicklichen Umständen das Angebot anzunehmen, das ihr gemacht worden ist. Sinegen hat die sozialistische Partei, wie Sie aus der Lesüre unserer zweiten Tagesordnung feststellen können, beschlossen, in der gleichen Weise das Vertrauen auf der Grundlage des Programms und der Richtlinien, die Sie uns übermittelt haben, ihre parlamentarische Unterstützung zu gewähren. Die sozialistische Partei wird für diese Unterstützung der radikalen Partei Mittel geben, die schwere Aufgabe, die die Situation schafft, durchzuführen, und auf diese Weise ihrerseits den Fortschritt und den Sieg zu sichern.“

Der Parteitag antwortete ferner auf das Schreiben der Kommunisten, die zur Schaffung einer Einheitsfront die Arbeiter und Bauern aufgefordert hatten, und zwar mit folgenden Worten:

„Mithürger! Wir bestätigen den Empfang des Briefes, den Ihr an uns gerichtet habt. Als Antwort legen wir die von unserem Parteitag angenommene Resolution bei. Wir fordern Euch auf das Dringendste auf, den Anstrengungen beizutreten, die wir in voller Unabhängigkeit im Parlament unternommen werden, um so schnell wie möglich zu einem politischen Kern Fortschritt demokratischer Reform und internationaler Entscheidung zu gelangen. Wir entbieten Euch, Mithürger, unseren sozialistischen Gruß.“

Der deutsch-russische Notenwechsel.

In Beantwortung der letzten deutschen Note an die Regierung Sowjetrusslands wegen der Polizeiaktion in der Berliner Handelsvertretung ist eine umfangreiche Erwiderung Russlands dem deutschen Botschafter in Moskau übergeben worden. Sie wird durch Kurier nach Berlin geschickt. Ihr Inhalt ist hier noch nicht bekannt, es heißt jedoch, daß die früheren Forderungen der russischen Regierung aufrechterhalten werden, nämlich: Entschädigung für die Polizeiaktion, Bestrafung der Schuldigen und Anerkennung der Exterritorialität der Handelsvertretung wenigstens bis zur endgültigen Regelung dieser Frage. Sollte die russische Note wirklich diesen Inhalt haben, so würde das keine Vereinfachung der schwebenden Diskussion bedeuten.

Das neue russische Zentralkomitee.

Moskau, 3. Juni. (D.P.) In der Schlußsitzung des 13. Parteikongresses wurden bei der Neuwahl des Zentralkomitees alle bekannten Parteiführer mit Ausnahme Kadeks wiedergewählt, wie Stalin, Sinowjew, Kamenev, Bucharin, Rykow, Trotski u. a. Zu den neuen Mitgliedern gehören an bekannten Namen Krassin und Arshonowitsch. Das Komitee besteht aus 50 Mitgliedern.

Noch einmal der Werkstudent.

Aus sozialistischen Studententouren geht uns zu dem kürzlich angeführten Thema noch folgendes zu:

Der Werkstudent sammelt seine Kenntnisse aus den Vorlesungen, den Büchern der Bibliotheken und Seminaren. Das tut und muß der Werkstudent auch. Aber darüber hinaus muß er das Buch der Bücher, wie man das praktische Leben nennen könnte, aufschlagen und fleißig darin blättern. Daraus fließen ihm Erkenntnisse mancher Art zu, die dem Korpsstudenten abgehen. Sein Urteil über Welt und Menschen wird schneller sicher. Sein Charakter und seine Weltanschauung festigt sich früh. Der Umstand, daß er auf sich allein gestellt ist, ruft alles in ihm nach, was an Energie und Willenskraft in ihm ruht. Er verläßt die Universität als reifer Mann, während der Korpsstudent, der keine Studienjahre im Schutze und in der Abhängigkeit von Elternhaus und vom Korps habe zubringt, noch viel vom Knaben hat, wenn er von der Universität geht, es fehlt ihm an Lebensreife.

Aber weit mehr noch! Der Werkstudent hat in der Grube, in der Fabrik und auf der Domäne mit dem Arbeiter, im Bauhause, im Bureau und der Buchhandlung Gemeinschaft mit Angestellten gehabt. Es kann nicht ausbleiben, daß Student und Arbeiter, Student und Angestellter sich kennen, verstehen und achten lernen. Und wer da weiß, daß wir nie eine Volkseinheit bilden können ohne die Veröhnung unserer Stände, der wird den Werkstudenten als einen mächtigen und wirksamen Faktor begreifen in der Überwindung der Klassengegenstände, wie sie sich in so trauriger Form im heutigen Reichstag zeigen, der wird fordern, daß dem Werkstudenten allerwegen Schutz und Beistand gewährt wird, nicht nur weil er das in so hohem Maße verdient, sondern auch weil er später in Amt und Beruf dem Volke und der Allgemeinheit besser dienen kann als der Korpsstudent, da die Erfahrungen, die er gemacht hat, und die harte Schule, durch die er gegangen ist, höhere Fähigkeiten und geeignete Dispositionen dazu in ihm geweckt und ausgebildet haben. Er wird z. B. den Angehörigen auch der Volkskreise ein gerechterer Richter sein, denen er selbst nicht angehört, er wird ihnen ein besserer Lehrer sein. Freilich bewirkt das Werkstudententum, daß demokratische Strömungen in den Universitäten aufkommen und ein hauch sozialistisches Geistes sie durchweht, und darum soll ihm durch die unmögliche Gebührensordnung und die Wohnverhältnisse des herrn Geheimrat Roethe der Herzstich verleiht werden; denn die Behauptung, das Werkstudententum bewirke Halbheit, Unbildung und Oberflächlichkeit, kann nur als ein stark durchföhrtes Feigenblatt angeprochen werden, hinter dem sich die Furcht verbirgt, die Universitäten könnten schließlich doch auf dem Geis der allgemeinen Entwicklungen mitrollen. Daß jene Behauptung nur so beantwortet werden muß, kann nachgewiesen werden durch den Hinweis darauf, daß der Werkstudent in seinem Examen dieselben Kenntnisse nachweisen muß wie jeder andere Student. Nur sammelt er sie langsamer.

Man begreift kaum, wie in einer demokratischen Republik das Ministerium für Volksbildung und der Rektor der hauptstädtischen Universität sich mit derartigen kultur- und volksfeindlichen Maßnahmen überhaupt hervormagen können. Nicht einmal in wilhelminischer Zeit war es möglich, dem deutschen Volk als solchem die Türen der Universität so zu verschließen, um sie lediglich für den deutschen und ausländischen Besitz offen zu halten. Wir leben in den Schöpfungen der Republik auch über Hüter und Erhalter und bitten, daß sie Sinn und Augen offenhalten möchten, daß das deutsche Volk nicht nur seiner Form nach, sondern auch seinem Wesen und seinem Einrichtungen nach eine demokratische Republik sei.

Ein Werkstudent für hunderttausend andere.

Der Mord bei Bernau.

Wie die Verhafteten die Tat schildern.

In der Werdhölche Pöschle sind die Ermittlungen der Kriminalpolizei jetzt abgeschlossen. Die drei verhafteten Täter wurden heute dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Sie suchen es jetzt so darzustellen, als ob Pöschle ohne Not auf sie geschossen und sie dadurch veranlaßt hätte, auf ihn einzuschlagen. Wie sie behaupten, hätte der Inspektor, der auf dem Wege nach dem Gutshof hinter ihnen herging, ihre wiederholte Bitte, sie doch laufen zu lassen, stets abgelehnt mit der Begründung, daß er erst ihre Persönlichkeiten feststellen müsse. In der Begegnung, wo später die Leiche gefunden wurde, habe Karl Wallat, der allein rechts ging, sich hoch umgewandt und die Bitte um Freilassung noch einmal gestellt. Jetzt habe Pöschle statt einer Antwort sofort mit einer Pistole auf ihn geschossen, so daß er hingefallen sei. Als sein Bruder und Wesner ihm hätten beistehen wollen, habe der Inspektor auf die heraneilenden zwei Schüsse abgegeben. Karl Wallat sei inzwischen selbst wieder aufgesprungen und habe noch zwei Schüsse erhalten. Jetzt habe Pöschle, der seine Pistole verschossen hatte, den umhängenden Karabiner nehmen wollen. Um ihn an dessen Gebrauch zu verhindern, hätten sie sich alle drei auf ihn gestürzt und hierbei seien sie mit dem Inspektor zusammen zu Fall gekommen. Karl Wallat habe sich wieder aufgerafft, den 35 Pfund schweren Stein aus einer Entfernung von drei Schritten herangeholt, und mit ihm den Inspektor einmal auf den Kopf geschlagen. Unterdessen habe sein Bruder Edward einen kleinen Stein ergriffen und damit blindlings auf den Kopf Pöschles eingeworfen. Diese Darstellung wird von der Kriminalpolizei auf Grund der Untersuchungsergebnisse als unwahrscheinlich bezeichnet.

Die Suche nach dem Onkel aus dem Spreewald.

Ein recht gemeiner Heiratsschwindel hat den Kaufmann Heß vor Gericht geführt. Heß hatte sich, obwohl er bereits verheiratet ist, einem jungen Mädchen genähert. Er wurde aber von der Behörde zu einer Strafverbüßung gezwungen. Um der Verbüßung zu entgehen, machte er die Bekanntschaft einer jungen Dame, der er vorerzählte, daß er an der Spitze eines großen Geschäftsunternnehmens stehe. Er lebte nun in der Familie seiner Braut unangenehm und wurde auch frei befristet. Als man ihn endlich zur Eheschließung drängte, fuhr der Angeklagte mit der Braut und deren Eltern zum Besuch seines reichen Onkels in den Spreewald. Bierzehn Tage lang unternahm er mit seinen Begleitern eine Irrfahrt durch den Spreewald, ohne den Onkel zu finden. Schließlich vertrieben er seine Braut und Schwiegereltern damit, daß er den Weg zum Onkel nicht mehr kenne, sich mit ihm aber schriftlich in Verbindung setzen könnte. Die leichtgläubige Braut ließ sich in ihrer Verliebtheit auch nochmals verführen und hatte sogar schon einen Teil ihrer Ausstattung dem Spediteur übergeben, damit sie in den Spreewald geschickt werden könnte. Durch einen Zufall wurde der Schwindel aber aufgedeckt. Wie aus den Briefen gefaßt wurde die Braut, als sie ein Paket Briefe durch einen glücklichen Zufall in die Hände bekam, aus denen hervorging, daß der Angeklagte auch mit anderen Frauen in Beziehung stand. Das Urteil lautete auf die Mindeststrafe für Rückfallverurteilung von drei Monaten Gefängnis.

Gefahr für den Kartoffelbau.

Von Frankreich her, wo der gefährliche Kokorobotäfer sich im Jahre 1922 in der Gironde festgesetzt und im Jahre 1923 über 29 Departements ausgebreitet hat, droht dem deutschen Kartoffelbau große Gefahr. Der Schädling scheint schon während des Krieges mit amerikanischen Transporten in die Gegend von Bordeaux eingeschleppt worden zu sein, und hat sich dort offenbar lange Zeit unbedacht vermehren können. Vorher war er bereits mehrmals (1877, 1887 und 1914) nach Deutschland gekommen, wo er aber stets rechtzeitig bemerkt und mit durchgreifenden Maßnahmen wieder ausgerottet werden konnte. Das auffallend gefährliche Tier, dessen gelbe Flügeldecken 10 schwarze Längsstreifen tragen, ist etwa 1 Zentimeter lang, nähert sich ebenso wie seine hagebuttenförmigen Larven von Kartoffelkraut und frisst in kurzer Zeit die Wäcker völlig kahl.

Es richtet großen Schaden an und seine Einbürgerung in Deutschland würde ein nationales Unglück bedeuten. Ein schon im vorigen Jahre von der Biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Berlin-Dahlem herausgegebenes Merkblatt mit farbiger Abbildung des Schädlings soll der Aufklärung der Bevölkerung dienen, damit sie helfen kann, etwaige Einbrüche des Tieres schnell aufzudecken. Wo das Tier gefunden wird, ist sofort die Ortspolizei oder die Gemeindebehörde zu benachrichtigen, damit unverzüglich Bekämpfungsmassnahmen getroffen werden. Auch die Biologische Reichsanstalt und die Hauptstellen des amtlichen Pflanzenschutzdienstes nehmen Meldungen an.

Volkslied und Gassenhauer.

Die freireligiöse Gemeinde, die es für ihre Pflicht hält, Kulturarbeit zu leisten, veranstaltete einen Vortragsabend, in dem Dr. R. Brie unter dem Titel „Volkslied und Gassenhauer“ über das Verhältnis des modernen Menschen zur Musik sprach.

Gute Musik, so führte er u. a. aus, läßt die Herzen höher schlagen. Immer aber wird es nur eine kleine Minderheit sein, die die Musik wahrhaftig genießt. Die Mehrzahl besteht aus denen, die wohl musikalisch berauscht werden, aber ein musikalisches Kunstwerk gefühlsmäßig ohne innere geistige Stärke erfassen. Viele Menschen heucheln Musikverständnis. Sie werden gegen sich selbst unwohler. Dagegen hilft nur musikalisches Verständnis. Ohne dieses keinen Geschmack, keinen Genuß. Auch Kunstgenuss muß verarbeitet sein. Auch das Volkslied ist ein Kunstwerk. Es spricht die innersten Gefühle des Herzens aus. Es hält Vorgänge des menschlichen Lebens fest. Die Verfasser, die allen Ständen angehören, sprechen dem Volke aus dem Herzen. Daher treten die Verfasser in den Hintergrund und bleiben oft unbekannt. So ist das Volkslied gemeinsames Volkseigentum. Das Volk gestaltet die Texte um. Der Ausdruck des Volksliedes ist größte Natürlichkeit und Klarheit, bald freudig und leid und Trauer, bald aufwallende Leidenschaft. Es ist meistens in Versform dargestellt, enthält viel unreine Reime und holperiges Versmaß. Vom Volkslied unterscheidet sich das Kunstlied. Ein Lied, das auf Grund bestimmter Kunstgesetze vom Dichter verfaßt und vom Komponisten vertont ist, ist oft ein volkstümliches Lied. Doch die Grenze zwischen einem Volksliede und einem volkstümlichen Liede ist zuweilen nicht leicht zu ziehen. Goethe verdankt mir eine Reihe der schönsten Volkslieder. Sein schönstes ist: „Sah' ein Knab ein Rösslein stehn“. Von Schiller gibt es weniger Volkslieder. Zu Anfang des 19. Jahrhunderts gab die romantische Dichterschule, allen voran Arnim und C. F. Brentano, die Volksliederammlung: „Des Knaben Wunderhorn“ heraus, die von Goethe besonders begrüßt wurde. Von den jüngsten Dichtern hat uns Heinrich Heine viele Lieder geschenkt. Großen Anteil an der Schaffung von Volksliedern hat der „Schwäbische Dichterkreis“. Besonders Ludwig H. hat dauerndes geleistet.

Bei näherer Betrachtung müssen wir leider sehen, daß das Volkslied vor allem in den Städten im Niedergang begriffen ist. Das feine Empfinden des Volkes ist abgestumpft. Der moderne Mensch verlangt sinnlich gefällige Weisen, er ist vielfach zu stumpf, um an der Ästhetik und einfachen Weise des alten Volksliedes Gefallen zu finden. Wir sehen, wie minderwertiger Singklang seine Triumphe feiert. Das schöne Volkslied hat nichts gemein mit diesen Gassenhauern. Besonders das „Bananenlied“ zeigt den bedauernswerten Tiefstand auf diesem Gebiete. Das bedauerliche Absterben des Volksliedes — nicht nur in Deutschland — ist eine tief wurzelnde Zeitkrankheit. Der moderne Mensch schämt sich auch der alten Sitten und hübsigen Tänzen, bei denen die Anmut der Bewegung völlig verloren geht. Mit blohem Klagen ist uns nicht geholfen. Wir müssen festhalten am alten schönen Volkslied und Volkstanz und für ihre Erhaltung durch die Tat wirken.

Die Vortragsabende der Freireligiösen Gemeinde sehen während der Sommermonate aus und beginnen wieder im September an jedem dritten Dienstag im Monat im Gefängnis der Schule Weinmeisterstraße.

Der Hund als Retter. In einem Hotel in der Nähe des Sietziner Bahnhofes lebten zwei Männer ein. Es wurde ihnen ein Zimmer im ersten Stock angewiesen. Als das Mädchen mit ihnen hinaufging, und kaum das Zimmer betreten hatte, fielen die beiden über es her und würgten es. Zum Glück war die Tür etwas aufgeschoben. Ein großer Hund, den das Hotel hält, war dem Mädchen gefolgt. Als er Lärm im Zimmer hörte, stieß er die Tür auf, sprang die beiden Männer an und biß sie heftig, so daß sie von dem Mädchen abließen und die Flucht ergriffen. Leider gelang es ihnen, zu entkommen.

Schweres Eisenbahnunglück bei Rostow. Nach einer Meldung aus Rostow ist der Schnellzug Rostow—Tschkent in der Nähe von Rjasan eingestürzt. Man zählte 3 Tote und 45 Verwundete, darunter 3 Schwerverletzte.

Katastrophaler Wolkenebruch in Budapest. Ueber Budapest ging heute nachmittag ein Wolkenebruch mit orkanartigem Winde nieder, der Störungen im Straßenbahnverkehr und in den Elektrizitätsleitungen verursachte. Die von den Ofener Bergen herabströmenden Wassermengen drangen in mehr als 1000 Kellerräume ein, so daß die Hilfe der Feuerwehr stark in Anspruch genommen werden mußte. Es sind mehrere Unfälle zu verzeichnen.

Erdbeben auf Martinique. Nach einer Meldung aus Fort de France (Martinique) wurde dort ein Erdbeben von beträchtlicher Heftigkeit verspürt. Ueber etwa angerichteten Schaden liegen keine Meldungen vor.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis Prenzlauer Berg. SPD-Unterbezirk! Heute, Dienstag, den 3. Juni, 7 1/2 Uhr, Nachversammlung der Elternbeiräte bei Hofmann, Reichenderer Straße 8. Vertretung von Bezirksgruppen für die Elternbeiratswahlen. Jede Schule muß vertreten sein.
2. Kreis Tiergarten. Mittwoch, den 4. Juni, 7 1/2 Uhr, erweiterte Kreisvorstandssitzung bei Reilger, Varnitzstraße 10. Jede Abteilung muß vertreten sein. Entgegennahme von amtlichen Wahlbescheidungen für die Elternbeiratswahlen.
3. Kreis Kreuzberg. Mittwoch, den 4. Juni, abends 8 Uhr, Bezirksvorstandssitzung. Vorkröße 10. Als Bezirksleiterkandidaten und die Kommune-Kommission muß anwesend sein.
4. Kreis Arbeiterwohlfahrt, Rindfleischstraße und Mitglieder des Kreisvorstandes: Mittwoch, den 4. Juni, 6 1/2 Uhr, Kreisvorstandssitzung im Garten der Genossin Arons, Ribens-Edle Wegstraße (nicht Schloßbrauerei). Tagesordnung: Erholungsfrage in den großen Ferien.
5. Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten und Lehrer. Sitzung heute, Dienstag, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Lindenstraße 3. Tagesordnung: Stellungnahme zum Reichsbeamtenrat, Erscheinen aller Kreisbeiräte Pflicht.

Heute, Dienstag, den 3. Juni:

96. Vst. Reinick. 7 1/2 Uhr bei Eichen, Thomasstraße 5. Sitzung sämtlicher Parteifunktionäre und Parteibeamtensprecher.
- Jugendsozialisten Gruppe Kesselhof-Wienandstraße. 7 1/2 Uhr, Jugendheim Kesselhof, Tager, Germaniastraße 46. Vortrag des Gen. Köchel über: „Die politische Lage.“

Morgen, Mittwoch, den 4. Juni:

5. Vst. Wie Genossen, deren Kinder die Gemeindefunktionäre in der Jugendkinderkassen befragen, werden gebeten, am Mittwoch abend an der Elternbeiratsversammlung obige Schule teilzunehmen.
29. Vst. 7 1/2 Uhr, Sitzung aller Funktionäre und Elternbeiräte bei Burg. Die Bezirksgruppen sind mitzubringen.
33. Vst. 7 1/2 Uhr, Jubiläum in folgenden Vokal: Wagner, Stralauer Wäse des Hohensteinturms; Hofmann, Stralauer Wäse des Korfstrassenbamm und Hentsch, Simon-Dan-Strasse 24.
41. Vst. 7 Uhr, SoSeuerelei, Fildischstr. 23. Mitgliederversammlung. Neuwahl des Vorstandes. Elternbeiratswahlen.
56. Vst. Charlottenburg. 2. Gruppe: 7 1/2 Uhr, Jubiläum. Schule Bismarck Str. 35. Vortrag über die Elternbeiratswahlen.
67. Vst. Steglitz. 8 Uhr, Funktionärenversammlung bei Behnde. Besetzt: 2 Die Namen der Kandidaten für die Elternbeiratswahlen sind mitzubringen.
97. Vst. Reinick. 7 1/2 Uhr, Funktionärenversammlung bei Kober, Siegelstr. 28/29.
106. Vst. Rieberschadenweide. 7 1/2 Uhr, Restaurant Thiele, Berliner-Strasse 30. Funktionärenversammlung mit den alten Kandidaten und den Kandidaten der neuen Liste.
122. Vst. Westend. 7 1/2 Uhr, Jubiläum bei Perath, Wargassestr. 11. Neuwahlen.

Arbeiter sport.

Konzeptsprecher „Die Raiterfreunde“ Ortsgruppe Berlin. Für Regeneration können Abteilungen die Donnerstags abends 6 Uhr beim Genossen S. 11, Röhmer Str. 36 erfolgen. Bei der Einnahme können keine Anmeldungen mehr angenommen werden, doch sind durch uns genügend angemeldet. Also meldet Euch alle an.

Gewerkschaftsbewegung

Streik der Brauerei-Arbeiter in Berlin.

Eine Urabstimmung über das Lohnangebot der Arbeitgeber mit Majorität den Streikbeschluss ergeben. Die gestrige Vertreterversammlung der Brauereiarbeiter hat beschlossen, den Streik heute früh mit Beginn der ersten Schicht zu beginnen zu lassen.

Generalversammlung der Metallarbeiter.

Aufahrt der Kommunisten.

Die Verwaltungsjahre des Deutschen Metallarbeiterverbandes hielt gestern ihre ordentliche Generalversammlung ab, nachdem im September d. J. auf einstimmigen Beschluss dem Hauptvorstand die Nachprüfung sämtlicher Mandate übertragen worden war und daraufhin Neuwahlen der Delegierten vorgenommen werden mussten. Dem vom Bevollmächtigten Zista gegebenen Jahresbericht für 1923 ist folgendes zu entnehmen: Die Belastung der Ortsverwaltung und aller Angehörten während der Inflationszeit war außerordentlich groß. Eine Lohnverhandlung jagte die andere und erst die Einführung der Rentenmark gab wieder die Möglichkeit, zu den ursprünglichen Aufgaben der Gewerkschaftsorganisation zurückzukommen. Dass es nicht gelungen ist, die während der Inflationszeit stark gesunkene Lebenshaltung der Mitglieder wieder zu heben, so ist daran die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse schuld.

Bei den Betriebsratwahlen

war es schwer, die für diese Wahlen vom Hauptvorstand herausgegebenen Richtlinien zur Geltung zu bringen. Die von den meisten wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen erzeugte Erregung fand dem hindernd im Wege. Die zu erwartende Gelunzung Deutschlands wird dazu beitragen, in Zukunft nur die freigewerkschaftliche Auffassung bei der Aufstellung der Kandidaten maßgebend sein zu lassen. Während der Inflationsperiode war es nicht möglich, die Beiträge werbefähig zu erhalten. Deshalb mussten auch nachteilige die Unterstützungseinrichtungen abgebaut werden. Hand in Hand damit ging der Personalabbau. Auch die von der Ortsverwaltung herausgegebenen Wochenbeilage zur „Metallarbeiterzeitung“ fiel der Inflation zum Opfer. Sobald die Möglichkeit besteht, wird ihre Herausgabe wieder erfolgen; an den Mitgliedern wird es liegen, durch Empfehlung des Postbezuges der Zeitung für weitestehende Verbreitung zu sorgen.

Die ungeheure Arbeitslosigkeit

hätte eine starke Verminderung des Mitgliederbestandes zur Folge. Einmal die Zahlungsunfähigkeit der Mitglieder, dann aber auch die durch das Fehlen jeder Existenzgrundlage hervorgerufene geistige Verwirrung ließ einen Teil der Mitgliedschaft den Wert der Organisation vergessen. Zista gab der Hoffnung Ausdruck, daß mit der Besserung der Wirtschaftslage auch der Wille zur Organisation gestärkt wird. Mit einem Appell zu reger Mitarbeit und mit der Bitte, bei der Kritik die Verhältnisse, unter denen die Ortsverwaltung ihre Arbeit erledigen mußte, in Rechnung zu stellen, schloß Zista seine beifällig aufgenommenen Ausführungen. Die Reiseschreibung folgte im Jahre 1923 das durch die Inflation verursachte Bild. Mit der Stabilisierung der Währung kam auch eine Festigkeit in die Geldverhältnisse der Verwaltungsstelle.

In der Diskussion bemühte sich der Kommunist Niederhäger vergeblich, die Aufmerksamkeit der Versammlung für seine Rede zu gewinnen. Ihm wurde in Zwischenrufen entgegengehalten, daß er doch nur

das Manuskript der KPD-Zentrale

herunterredet und daß es wenig Zweck in einer Metallarbeitergeneralversammlung habe, damit die Zeit zu verstreuen. Seine Ausführungen wurden von der Versammlung von der humoristischen Seite genommen, so daß er, ohne einen ersten Grund zu hinterlassen, abtreten mußte. Dem Genossen Bernh. Klinger war es leicht, als Kandidat auf die Partei, die Gewerkschaften und die Ortsverwaltung auf das gebührende Maß zurückzuführen. Krüger erkannte das Wirken der Verwaltung voll an und schloß mit der Versicherung an die Kommunisten, daß die alten treuen Mitglieder dafür sorgen werden, daß die Mostauer Bäume nicht in den Himmel wachsen. In seinem Schlusswort konnte Zista feststellen, daß sachliche Einwendungen gegen die Geschäftsführung nicht erhoben worden sind.

Bei der Beratung der vorliegenden Anträge wurde ein Antrag, die Delegierten in Zukunft in Bezirksmitgliederversammlungen zu wählen, abgelehnt. Die Kommunisten hatten drei Anträge eingereicht. Der

Nebengang zur Tagesordnung

wurde gegen ein Mißtrauensantrag gegen die Ortsverwaltung beschlossen, der gleichzeitig die Neuwahl der Verwaltung in einer Urabstimmung verlangte. Ein Antrag, der besagt, daß bei wichtigen Verbandsangelegenheiten (§ 9 Ortsstatut) die Mehrheit der Generalversammlung (statt wie bisher ein Drittel) eine Urabstimmung beschließen könne, wurde angenommen.

Die Generalversammlung schritt nunmehr zur Neuwahl der Ortsverwaltung. Zista gab dazu namens der Ortsverwaltung die Erklärung ab, daß sich die ganze Verwaltung zur Wahl stelle, da in der Zeit, in der keine Generalversammlung stattfand, beide Hälften der Verwaltung sachgemäß hätten auscheiden müssen. Die Kommunisten konnten keine Gegenliste präsentieren, beantragten sogar nicht einmal die Urwahl, wozu sie noch dem noch in Geltung befindlichen Ortsstatut berechtigt gewesen wären, sondern zogen sich mit einer leichten Erklärung aus der Affäre, ihre Schwäche damit verdeckend. Bei der Abstimmung stimmten ganze 67 Kommunisten von rund 100 anwesenden Delegierten gegen die Ortsverwaltung.

Ausperrung bei der Firma Kron.

Vor etwa drei Wochen haben einige kleine Arbeitergruppen bei der Firma H. Kron, Elektrizitätsfabrik in Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße, beschiedene Lohnforderungen gestellt. Die betreffenden Arbeiter wurden von Tag zu Tag ohne Beschäftigung gehalten. Wiederholte Mahnungen an die Direktion, endlich zu Verhandlungen zu kommen, hatten keinen Erfolg, so daß schließlich die Werkzeugmacher und die Versuchsmechaniker am 24. Mai in passive Resistenz traten. Diesen Gruppen schlossen sich am nächsten Tage die Tischler mit einer Akkordforderung an. Auch hier gab die Firma keinerlei Beschäftigung. Als dann die fordernden Gruppen dem Verlangen der Firma, die Arbeit zu den alten Bedingungen weiterzuführen, nicht nachkamen, wurden die Werkzeugmacher am 30. Mai entlassen. Als auch diese Mahnung nicht den gewünschten Erfolg hatte, sperrte die Direktion am 2. Juni die gesamte Belegschaft, etwa 430 Beschäftigte, aus. Die Arbeiterschaft wird dringend ersucht, Solidarität zu üben und bei Arbeitsangeboten auf dem Arbeitsnachweis und in der Presse die Aussperrung zu beachten.

Rundgebung der freigewerkschaftlichen Landarbeiter.

Anlässlich der landwirtschaftlichen Ausstellung in Hamburg wurde am Sonnabend, den 31. Mai, eine große Rundgebung der organisierten Landarbeiter aus den umliegenden Gauen Hamburgs veranstaltet. Der festlich geschmückte Saal des Gewerkschaftshauses wies einen sehr starken Besuch auf. Erschienen waren u. a. als Vertreter des hamburgischen Senats Senator Stubbe der Provinz Schleswig-Holstein, Oberpräsident Kürbis, des Kreises Pinneberg, Landrat Rindorf sowie der Reichstagsabgeordnete Lautföhrer. Vertreten waren ferner der Arbeiterrat Hamburg, der 11. Bezirk des ADGB, die Ortsausschüsse von Hamburg und Kiel und die Landesorganisation Hamburg der sozialdemokratischen Partei. Den Worten der Begrüßung folgte ein Vortrag des ersten Vorsitzenden des Deutschen Landarbeiterverbandes Reichstagsabg. Georg Schmidt-Berlin, über:

Die Landarbeiter als Staatsbürger.

Der Redner wies eingangs seiner Ausführungen auf die vor genau 15 Jahren erfolgte offizielle Gründung der Landarbeiterorganisation hin. Er erinnerte daran, wie die deutschen Landwirte und Großgrundbesitzer dieser jungen Organisation, die damals von der industriellen Arbeiterschaft und besonders der Sozialdemokratie mit allen Kräften unterstützt wurde, das Leben schwer zu machen versuchten. Der Sozialdemokratie und Industrie-Arbeiterchaft gehörten für diese tatkräftige Unterstützung der Dank der organisierten Landarbeiter, die, wenn es nach dem Willen ihrer Arbeitgeber gegangen wäre, heute noch als Arbeiter zweiter Klasse unter der Gefindeordnung gestanden hätten. Die Gründung einer Landarbeiterorganisation war auf dem Wege zur Gleichberechtigung der landwirtschaftlichen Arbeiter die erste Kulturarbeit.

Ein Vorwärtsschreiten auf diesem Wege wird es nur geben, wenn auch in der Zukunft die Landarbeiter mit dem gewerblichen und industriellen Proletariat eine gemeinsame Front bilden; denn der Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse ist und wird auch künftig nicht auf die Großstädte beschränkt bleiben. Um so verantwortlicher ist es, wenn sich angesichts dieser Notwendigkeit radikal sein wollende kommunistische Schreier die Zerpflünderung der Arbeiterkraft und ihrer Organisationen zur Aufgabe gemacht haben.

Der Redner betonte weiter, wie notwendig es sei, daß die Arbeiterkraft und also auch die Landarbeiter den heutigen Staat, der erst die Entwicklung ihrer Organisationen zu der heutigen Stärke möglich gemacht hat, unter allen Umständen zu bejahen haben, trotzdem das Verhalten der heutigen Regierungen oft zu schärfster Kritik herausfordern muß. Redner wies hierbei besonders auf die Haltung des Reichsarbeitsministers hin, dessen Vorgehen bei den von ihm geleiteten Schlichtungsverfahren gerade in letzter Zeit die allgemeine Unzufriedenheit der Arbeiterschaft hervorgerufen habe. Halten die Landarbeiter fest zu ihrer Organisation, dann werden sie im heutigen Staat auch erreichen, was sie sich zum Ziel gesetzt haben.

Als nächster Redner sprach dann in ähnlichem Sinne der zweite Vorsitzende, Genosse Paul Böhrke, Berlin, über

„Die Landarbeiter in der Wirtschaftspolitik“.

Er hat besonders hervor, warum die Landarbeiterorganisation dazu übergegangen ist, zum ersten Male in diesem Jahre die landwirtschaftliche Ausstellung als Anlaß zu einer eigenen Rundgebung der Arbeiterkraft zu benutzen. Während dreier Jahrzehnte hätten es die Landwirte verstanden, für ihre Berufsinteressen in der Öffentlichkeit zu demonstrieren. Während dieser drei Jahrzehnte, in denen das Arbeiterbrotum der Landwirtschaft für seine Interessen und seine Räte die größte Propaganda zu treiben gewohnt habe, sei der Landarbeiter mit seinen Wünschen vollkommen vergessen worden. Es sei deshalb an der Zeit, daß auch die Landarbeiter in der gleichen Weise ihre Rechte in der Öffentlichkeit geltend machen und zum Ausdruck bringen, daß sie mit der wichtigste Faktor der deutschen Landwirtschaft sind. Die Landarbeiter sehen deshalb diese erste Rundgebung als den Auftakt an, um sich den gleichen Platz in der Landwirtschaft zu erobern, der heute die Arbeitgeber sich zu erringen gewohnt haben.

Die Ausführungen beider Redner fanden in der Versammlung einen starken Widerhall.

Am Sonntag fand für die später eingetroffenen Landarbeiter eine noch zahlreicher besuchte Rundgebung statt, in der Genosse Walter Kwasnit, Berlin, über

die Zukunftsaufgaben des Verbandes

sprach. Redner wies besonders darauf hin, daß nicht der Tarifvertrag Endziel der Organisation sei, sondern die Mitbestimmung bei der Regelung der Produktion, von der das Wohlergehen der Nation und jedes ihrer Glieder abhängt.

Die Landarbeiterorganisation war eine mifftungsvolle Demonstration des freigewerkschaftlichen Landvolks. Es bemies hiermit, daß es an dem Gelingen der deutschen Landwirtschaft interessiert ist, daß es aber auch das Recht für sich in Anspruch nimmt, als mitbestimmender Faktor im landwirtschaftlichen Produktionsprozeß angesehen zu werden.

Der sächsische Bergarbeiterstreik geht weiter!

Die in unserer heutigen Morgenausgabe wiedergegebene WTB-Meldung aus Dresden, wonach der Bergarbeiterstreik in Sachsen beendet sei, hat sich als falsch erwiesen. In Zanderode ist weder die Arbeit teilweise aufgenommen, noch hat ein weiterer Teil der Belegschaft beschlossen, die Arbeit aufzunehmen. Wie uns aus Zwickau berichtet wird, hat sich die Zahl der Streikenden bis heute früh noch nicht vermindert. Es kann mithin keine Rede davon sein, daß die Streikbewegung auf den staatlichen Gruben Sachsens als erloschen anzusehen ist. Sie wird es dann erst sein können, wenn den Forderungen der Bergarbeiter stattgegeben bzw. eine Einigung herbeigeführt wird. Von den Vorgängen auf den Staatsgruben zumal dürften berari falsche Nachrichten nicht verbreitet werden.

Zentralverband der Maschinen- und Heiser. Morgen, Mittwoch abend, 6 Uhr, in unserem Ortsverband, Engelstr. 24/25, Zimmer 27, Versammlung über die Metallindustrie des sächsischen Bergbau, Kohlenbau, Eisen- und Stahlindustrie u. a. m. Stellungnahme zu dem Antrag des Verbandes Berliner Metallindustrie-Kongress! In dieser Versammlung sollen wichtige Beschlüsse gefaßt werden. Wie bekannt sein dürfte, befinden wir uns seit längerer Zeit in einem schwierigen Zustand, der eine Entscheidung zur Folge hat. Die auf die Dauer untragbar ist. Es ist eure Pflicht, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Wirtschaft

Sowjetrußlands Wirtschaftsleben, 1917 bis 1923.

Das Internationale Arbeitsamt hat soeben ein neues Buch über die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands in den Jahren 1917—1923 herausgegeben. Es werden darin behandelt: die wirtschaftliche Gesetzgebung sowie die Befestigung der Wirtschaftszustände und der Arbeitsbedingungen; auch werden die fundamentalen Unterschiede dargelegt, die zwischen dem gegenwärtigen System und jenem bestehen, das vor 1921 praktiziert wurde. Es kommt darin die Umwandlung Rußlands deutlich zum Ausdruck.

Einleitend werden die Aufgaben des Arbeitskommissariats dargestellt, dann folgen Abschnitte über Lohnpolitik vor dem Uebergang zur neuen Wirtschaftspolitik und ferner über Kollektivverträge, die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten, die Regelung des Arbeitsmarktes, die Sozialversicherung und die Gewerbeaufsicht. Daran schließt sich noch ein Kapitel über Gewerkschaften, ihre rechtliche Stellung, ihre Aufgaben, ihre Beziehungen zur Leitung wirtschaftlicher Unternehmungen usw. Statistische Nachweisungen sind dem Buche beigegeben, aus dem man ersieht, daß tiefgreifende Wandlungen in den Arbeitsverhältnissen wie auch in der materiellen Lage der Arbeiterkraft stattgefunden. Die Arbeitslosigkeit wurde umgestaltet; das neue Gesetzbuch der Arbeit geht von Grundfögen aus, die von den früheren völlig abweichen. Die Arbeitszwang ist praktisch abgeschafft, die Aufnahme ins Entlohnung von Arbeitern ist freigestellt und die Arbeitsbedingungen werden durch freies Uebereinkommen zwischen den beteiligten Parteien geregelt. Der Preis der Arbeit wird wieder durch das Gesetz von Angebot und Nachfrage bestimmt. Der Staat beschränkt sich auf Festsetzung von Mindestlöhnen, während die tatsächlichen Löhne durch kollektive Uebereinkommen der Parteien bestimmt werden. Es besteht aber noch immer ein erheblicher Spielraum zwischen den gesetzlichen Bestimmungen und deren Anwendung, aber noch und noch werden die erlernten den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt, was wieder auf die Lebensbedingungen der Arbeiter zurückwirkt.

Betriebsbeschränkungen im besetzten Gebiet. Aus einer Reihe von Bezirken des besetzten Gebiets werden Produktionseinschränkungen und Betriebsstillegungen gemeldet. So hat in Obersteiermark eine beträchtliche Anzahl kleiner Betriebe geschlossen oder doch Betriebsbeschränkungen vorgenommen. In dieser Woche werden auch die größeren Fabriken dort vermutlich schließen müssen. In der bergbauwirtschaftlichen Kleinstindustrie wurde in der letzten Wochendeck die Arbeit in einer Reihe von Betrieben auf drei Tage verkürzt. Die belarussische Industrie mußte gleichfalls ihre Produktion einschränken. Es verlautet, daß auch in der Kölner Metallindustrie mit Produktionseinschränkungen demnächst zu rechnen ist. Die Ursache dieser Maßnahmen ist vor allem in der Kreditkrise zu suchen, die schon vielfach zu Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Rohstoffen geführt hat. In Anbetracht dessen trafen Fälle — bei einer Kölner Automobilfabrik — werden seit Wochen keine Löhne gezahlt, so daß von gewerkschaftlicher Seite Klage eingereicht wurde. Auch die doppelte Zollbelastung bei der Ein- und Ausfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten erschwert der Industrie vielfach, mit Aussicht auf Gewinn zu arbeiten.

Der Kampf mit der Industriekrise in Polen. Der polnische Industriekampf hat einstimmig beschlossen, die Regierung aufzufordern, zur Linderung der Industriekrise folgende Maßnahmen zu ergreifen: 1. Aufhebung der Umsatzsteuer für Exportartikel, 2. Aufhebung der Rohsteuer, 3. Revision der Eisenbahntarife für Exportartikel.

Aus der Partei.

Neuer Organisationsstatut.

Zum Entwurf eines Organisationsstatuts für die Sozialdemokratische Partei haben die Genossen im Lande 152 Änderungsanträge gestellt. Die Organisationskommission in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand hat in einer vollen Tagessitzung am 2. Juni unter weitgehender Berücksichtigung dieser Anträge einstimmig beschlossen, dem Parteitag eine neue Fassung zu unterbreiten und den Genossen Lipinski mit der Berichterstattung zu beauftragen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: Reich. Schöner; Freizeiten: Dr. John Schillmann; Soziales und Sonstiges: Fritz Kasper; Angewandte: H. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 2.

J. Baer Berlin N, Badstr. 26
Ecke Prinzenallee
Fernsprecher: Amal Moabit 2448

Pfingstangebot!

Spezialhaus für Herren- und Knaben-Garderobe

reichhaltiges Stofflager zur eleganten Anfertigung nach Maß.

Sport- und Berufskleidung
Eleg. Gabardine-, Gumm- und Leder-mäntel in allen Preislagen.

Auf alle Waren 10% Ermäßigung.



Extra billiges Pfingst-Angebot!

HOSEN

braun dunkel, sehr haltbar . . . 6.90
hell Homespun 12.90, 12.50, 11.50, 9.80
Ersatz für Maß 11.50, 10.50, 8.90, 6.90
eleg. Ausführg. 21.-, 18.-, 16.50, 13.50

Rammgarthosen, Breches, Junglings-, Knaben- und Leibchenhosen + Barchhosen in allen Größen

in Leder und Loden, Berufskleidung, Staubmäntel.

München - Gladbacher Hosen - Zentrale
nur Wrangelstraße 27, blauer Laden, zwischen Eisenbahn- u. Zeughausstraße

Futter

stoffe, Foulardine, sowie Vorrat 2.90 M.

Damast, Halbsiden elegant. Dessins bedeut. unt. Preis

Haarpuder
Schöneberg, Goltzstr. 2
a.d. Grunwaldstr.

Fritz Reumann
Krausstr. 73
die billige Dreifachqualität für
Lack- und
Mischstoffe jeder Art.

2. Geschäft: Anzengruber-Str. 27

Weit billiger als im Laden

Trauringe
direkt ab Fabrik an Private
Massiv gold. Ring . . . 2.00 M.
585 gest. Ring 4.00
900 . . . 6.50

Schneider & Sohn
Französische Str. 15, II. et. im Friedrich.

HOLZHAUSER
von 500 Mk. an
Schuppen, Hallen, Ger-
regen etc. liefert preis-
wert kuratirt g
Holzhauser Litzmann
F 34, (Telefonamt 31/3)
Berlin 1070/21

Der billigste
Kupee-Koffer der Welt

Patentmodell, geschütztes Warenzeichen der
Firma H. Lutz, Berlin N, Mühlendamm 4
Gr. 65 x 44 x 20 cm = 7,50 M

Auf Teilzahlung!

Herrn-Konfektion
zu sehr billigen Preisen

GANNITZER
Schönhauser Allee 82
ein Untergrundbhf. Nordring.

Ruhe-
betten 20 u.
Klub-
garnit. 170 u.
Chaiselong-
decken 12 u.
Neuheiten
Anzengruberstr. 2

Läuferstoffe + Teppiche
in Velour, Bouclé, Kokos - Diwan-Decken

Linoleum als Zimmerbelag, Läufer, Teppiche
in großer Auswahl

Kokos-Matten in allen Qualitäten und Größen

Ausführung jeglicher Linoleumarbeiten

G. Bargende, Charlottenburg
Windscheidstr. 11 (Ecke Postjägerstraße) Wilmersdorfer Str. 79 (Ecke Karl-Liebknecht-Str.)
Fernsprecher: Wilhelm 2730 Fernsprecher: Siedelplatz 4194